



Informationsdienst von Martin Kastler MdEP Ausgabe 31 vom 18. November 2011

- **Gegen die Krise: Börsenzockerei verbieten**
- **Arbeitszeitrichtlinie: Der Ball ist jetzt bei den Sozialpartnern**
- **Tachographenpflicht im Kleinlaster - bürokratischer Unsinn.**
- **Mysteriöses Bienensterben: Europa muss endlich was dagegen tun!**
- **MEIN TIPP: Deinen Fisch bewusst wählen**
- **Europäisches Kulturerbesiegel - Kandidaten in Mittelfranken?**
- **Grenzen auf der Schiene sprengen: Der europäische Eisenbahnraum**
- **Interreligiöser Dialog: Gemeinsam den Wert der Werte neu entdecken**
- **Berufsqualifikationen grenzenlos anerkennen - zentrale Stelle bei IHK Nürnberg**
- **Gleiche Regeln für Insolvenzen in Europa**
- **Filmpreis des Parlaments - und konkrete Hilfe für die kleinen Kinos**

Gegen die Krise: Börsenzockerei verbieten

Es ist keine Pokerrunde - und auch kein Spiel. Trotzdem hat unverantwortliche Zockerei mit Staatsanleihen die schwierige Situation einiger Staaten - weltweit - nochmal dramatisch verschlimmert. Zocken auf Kosten der Menschen - das hat mit Ethik nichts zu tun. Das Europäische Parlament hat deshalb diese Woche mit großer Mehrheit die Bremse gezogen und hochspekulative Finanzmarktgeschäfte mit Staatsanleihen sowie sogenannte Kreditausfallversicherungen verboten. Diese Art der "destruktiven Spekulation" ist damit quasi verboten - ein entscheidender Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung der Finanzmärkte.

Zur Erklärung: Bei Leerverkäufen von ungedeckten Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen sind die Auflagen am striktesten. Nur wenn die Liquidität der Märkte für Staatsanleihen zum Erliegen kommen sollte, sind Ausnahmen möglich. Entsprechende Anträge müssen bei der europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA angemeldet werden. Das kommt einem De-facto-Verbot der ungedeckten Leerverkäufe für Staatsanleihen gleich. Was enorm wichtig ist, da die bisherigen Spekulationsmöglichkeiten den Kursverfall von Staatsanleihen künstlich beschleunigt haben.

Mit **Kreditausfallversicherungen** können sich Anleger gegen den Ausfall von Staatsanleihen absichern, aber auch auf eine sich

verschlechternde Kreditwürdigkeit von Staaten wetten. Diese Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen sind nur für Anleger gedacht, die auch Staatsanleihen halten. Alles andere ist Spekulation, die unkontrollierbare Wirkungen entfalten kann und deshalb zu Recht eingedämmt wird. Im Falle Griechenlands hat das die Spekulation auf eine Zahlungsunfähigkeit immer weiter angefacht.

Bei **Leerverkäufen** spekulieren Investoren auf den Kursverlust eines Wertpapiers. Spekulanten verkaufen ein Wertpapier, das sie gar nicht besitzen (ungedeckter Leerverkauf) oder sich geliehen haben (gedeckter Leerverkauf), um es später zu einem niedrigeren Kurs mit Gewinn zurückkaufen zu können. Dieser Zockerei wird mit den neuen Regeln endlich ein Riegel vorgeschoben. Und es soll schnell gehen: Die neue EU-Verordnung wird noch dieses Jahr in Kraft treten. Bisher gibt es unterschiedliche oder gar keine Regelungen auf nationaler Ebene für Leerverkäufe. Das Europäische Parlament setzt damit seinen konsequenten Kurs in der Regulierung der Finanzmärkte fort, den es bereits mit dem als "six pack" bekannten Gesetzespaket begonnen hat. Damit stellt Straßburg - jenseits der großen Schlagzeilen des ad-hoc-Krisenmanagements - die Weichen dafür, dass sich wirklich etwas verändert und Krisen wie diese in Zukunft vermieden werden können.

Arbeitszeitrichtlinie: Der Ball ist jetzt bei Sozialpartnern - Sonntag soll auf Agenda

Unsere Arbeitswelt verändert sich rasant. Grund genug, auch die Gesetzgebung dazu immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Die Europäische Kommission hat das 2009 mit der Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) aus dem Jahr 2003 versucht - ist damit aber an unüberwindbaren Differenzen mit dem Europäischen Rat gescheitert. Nun wollen die Sozialpartner einen gemeinsamen Entwurf vorlegen. "Sie sollten dabei auch über den arbeitsfreien Sonntag reden", meint Martin Kastler als Sozialpolitischer Sprecher der CSU im Europäischen Parlament.

Grundlage der vom Europäischen Arbeitgeberverband EUROCOMMERCE und dem Europäischen Gewerkschaftsbund gemeinsam gestarteten Initiative ist ein - vielfach unbekanntes - Instrument im Vertrag von Lissabon: Der Dialog der Sozialpartner nach Artikel 154f. Demnach können die Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf europäischer Ebene sich in arbeitsrechtlichen Fragen das "Initiativrecht" von der Europäischen Kommission übertragen lassen. "Einigen sich beide Seiten auf ein Verhandlungsmandat, bleiben neun Monate Zeit, um einen Gesetzesvorschlag zu entwerfen, der dann in einem gekürzten Verfahren vom Europäischen Rat zu behandeln ist", so Martin Kastler, der auch Mitglied im Landesvorstand der CSA ist. Im Europäischen Parlament will er den Prozess konstruktiv begleiten. "es ist gut, wenn ein so wichtiges Dossier wie die Arbeitszeitrichtlinie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern selbst neu geschrieben wird. Der europäische Sozialpartnerdialog ist ein spannendes Instrument einer modernen, praxisbezogenen Europapolitik."

Im Fall der Arbeitszeitrichtlinie haben sich die Sozialpartner vergangenen Montag auf ein gemeinsames Verfahren geeinigt, nachdem das ursprüngliche Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung 2009 gescheitert war. Zu den Knackpunkten zählt - damals wie heute - neben den künftigen Regelungen für den Bereitschaftsdienst (Artikel 2) und den Ausgleichsruhezeiten (Artikel 5) die Frage des arbeitsfreien Sonntages. Dieser war in Artikel 5 der ursprünglichen Arbeitszeitrichtlinie von 1993 enthalten ("...dass die wöchentliche Mindestruhe-

zeit grundsätzlich den Sonntag einschließt"), wurde aber 1996 durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes gestrichen.



Heute, so Kastler, seien "die wissenschaftlichen Belege für die gesundheitsfördernde Wirkung und soziale Bedeutung des arbeitsfreien Sonntages so stichhaltig, dass es grob fahrlässig wäre, darüber nicht zu verhandeln". Zumal man sich in Europa "ernsthaft Gedanken darüber machen müsse, wie wir uns im globalen Wettbewerb um eine familienfreundlichere Arbeitswelt behaupten und dem inzwischen Milliarden schweren volkswirtschaftlichen Schaden durch Stress und Burn-Out begegnen. In beiden Fällen lautet ein Teil der Antwort: Arbeitsfreier Sonntag".

An Arbeitgeber und Arbeitnehmer appelliert er: "Machen Sie den arbeitsfreien Sonntag zum Thema Ihrer Verhandlungen!" Als Initiator einer der online-Kampagne www.freiersonntag.eu für eine Europäische Bürgerinitiative "pro arbeitsfreier Sonntag in Europa" und Unterstützer der Europäischen Sonntagsallianz plädiert Kastler dafür, "den öffentlichen Druck auf Rat, Kommission und Sozialpartner zu erhöhen und für den gemeinsamen Familientag Sonntag zu werben."

Tachographenpflicht im Kleinlaster: Den bürokratischen Unsinn beseitigen

Egal ob der Kleinlaster beim Handwerker ums Eck oder der große Lkw auf der Autobahn: Für beide schreibt die sogenannte "Tachographen-Richtlinie" (EG/561/2006) verpflichtend Fahrtensschreiber vor. Bis dato ist jede Fahrt über 50 Kilometer zu dokumentieren. "Unnötig" - sagte bereits im vergangenen Jahr die vom ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber geleitete Expertengruppe zum Bürokratieabbau. Tachographen haben

sich im Fernlastverkehr bewährt und machen Sinn - bei Kleinlastern im Mittelstand sind sie schlicht übertrieben. "Kein Handwerker muss Ruhezeiten nachweisen, nur, weil er etwa von Rothenburg zum Ansbacher Kunden fährt", so Martin Kastlers plakatives Beispiel. Seine Ablehnung hat auch ganz einfach finanzielle Gründe: Anschaffung und Betrieb der Tachographen belasten eine mittelständische Firma leicht mit mehreren 10.000 Euro pro Jahr.

Nun hat die Europäische Kommission auf Druck Stoibers eingelenkt und eine Novellierung der betreffenden Richtlinie (KOM 2011/451) veröffentlicht. Darin schlägt sie eine Tachographenpflicht ab 100 Kilometer vor. Martin Kastler geht das nicht weit genug: "Gespräche mit den Betroffenen in Mittelfranken zeigen: 150 Kilometer scheinen angemessen. Sie entsprechen am ehestem dem Radius, den ein mittelständischer Unternehmer in Handwerk, Bau und Dienstleistung nutzt. Gerade im ländlichen Raum legen diese Betriebe heute weitere Strecken zurück."



Zusammen mit den Kollegen der CSU-Europagruppe, allen voran Gruppenvorsitzender Markus Ferber MdEP als Mitglied des Verkehrsausschusses, kämpft Kastler nun für die 150-Kilometer-Grenze. Der Vorschlag der EU-Kommission ist da. Nun warten die CSU-Europaparlamentarier kritisch gespannt auf den Bericht der sozialistischen Abgeordneten Silva-Adriana Țicău. Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments soll dazu Ende März 2012 entscheiden, der Beschluss im Plenum folgt Mitte 2012.

Mysteriöses Bienensterben: Europa muss endlich etwas dagegen tun!

Es ist wirklich mysteriös: Ganze Bienenvölker, die beinahe über Nacht sterben - geschätzte

30 Prozent der Bienenpopulation in Europa wurde so in den vergangenen zehn Jahren vernichtet. Eine erschreckende Zahl - und noch schlimmer ist es im Nahen Osten, wo die Bienenbestände bereits um 85 Prozent eingebrochen sind.

Die Lage ist ernst - und Europa aufgefordert, mehr zu tun. Für uns ist klar: Es geht auch um den Erhalt der regionalen Imkerei! Eine breite Mehrheit der Europaabgeordneten hat deshalb diese Woche gefordert, mehr Mittel aus dem künftigen EU-Forschungsrahmenprogramm einzusetzen, um die Gründe für das Bienensterben herauszufinden.

Das Bienensterben kann zu einer Gefahr für die Nahrungsmittelproduktion werden, wenn es immer weniger Tiere für die Bestäubung von Pflanzen gibt. Die EU muss den bisherigen Forschungsetat in Höhe von 10 Millionen Euro drastisch aufstocken, um zu erforschen, welche Krankheiten und Umwelteinflüsse für das Bienensterben verantwortlich sein könnten.

Das Europäische Parlament fordert in einem Katalog an Maßnahmen die Einrichtung eines europäischen Netzes von "Referenzbienestöcken", die Erstellung eines Dreijahresplans, mit dem alle Bienenvölker in Europa erfasst werden können, sowie neue Behandlungsmethoden zur Bekämpfung der Varroamilbe, die für rund 10 Prozent der jährlichen Verluste verantwortlich ist und eine koordinierte Bekämpfung der Bienenkrankheiten im Rahmen der europäischen Veterinärpolitik. Um den Erhalt von Honigbienen in Europa zu fördern, sprach sich das Europäische Parlament zudem für eine weitere gezielte Förderung der rund 700.000 Imker in der EU. So müsse der Herkunftsort von Honig oder Honigprodukten gekennzeichnet werden, und EU-weit strengere Kontrollen gegen geringwertigen oder gefälschten Honig durchgeführt werden. Diese bessere Vermarktung von Honig und Honigprodukten schafft einen Anreiz, um die Honigproduktion anzukurbeln und dadurch die europäischen Bienenvölker zu erhalten.

MEIN TIPP: Deinen Fisch bewusst wählen!

Fisch ist beliebt auf unseren Tellern - am besten natürlich der Süßwasserfisch aus heimischer Produktion, etwa aus unserem berühmten Karpfenland Aischgrund. Verlangt das Rezept aber doch mal nach Hochseefisch, empfiehlt sich ein überlegter Einkauf, denn: Die Überfischung der Meere ist ein ernsthaftes Problem. Die EU wirkt dem mit ihrer gemeinsamen Fischereipolitik entgegen, strenge Fangquoten sollen ein Aussterben der Arten verhindern. Doch auch der Verbraucher ist gefragt. Auf der neuen Internetseite www.deinenfischwaehlen.eu finden Sie Tipps und Hinweise darüber, welche Fischarten Sie ohne große Bedenken genießen dürfen. Bei einem Quiz zum Fisch gibts zudem tolle Preise zu gewinnen.

Europäisches Kulturerbesiegel - Kandidaten in Mittelfranken?

UNESCO-Weltkulturerbestätten sind berühmt. Nun soll ein europäisches Kulturerbe-Siegel das Wissen um Europas gemeinsames Erbe bekannter machen - so hat es das Europäische Parlament am Dienstag dieser Woche beschlossen.



Das Siegel soll ab 2013 für unterschiedlichste Stätten vergeben werden: Denkmäler, Industrieanlagen, Ausgrabungsstätten, Naturdenkmäler oder etwa urbane Kultur-

landschaften in ganz Europa. Stätten die den Kriterien nicht mehr entsprechen, könnten das Siegel in Zukunft auch wieder verlieren, aber die Teilnahme wäre für alle Regionen freiwillig.

Parallel zur Verabschiedung des Siegels im Plenum läuft eine Aktion des Europäischen Parlaments bei facebook. Über das EP-Profil <http://www.facebook.com/europeanparliament> können Facebook-Nutzer Vorschläge einreichen, welche historischen Stätten diese Auszeichnung verdient hätten. Besonders beliebt bislang: Ein denkmal in Schengen, die Berliner Mauer und der Hafen von Danzig. Sicher gibt es auch in der Europäischen Metropolregion Stätten, die dieses Siegel verdienen!

Grenzen auf der Schiene sprengen: Europäischen Eisenbahnraum schaffen

Mit dem ICE von Nürnberg nach London, mit dem Nachtzug von München nach Rom - beides geht, meist einwandfrei. Trotzdem ist noch viel zu tun, um den sogenannten "Europäischen Eisenbahnraum" zu schaffen. das ist wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gegenüber Flug und Auto auf den Mittelstrecken zu erhalten. Das ist nicht unwichtig für den Bahnknotenpunkt Nürnberg.

Deshalb treibt das Europäische Parlament die Liberalisierung des Eisenbahnmarktes voran. Diese Woche hat das Straßburger Plenum mit breiter Mehrheit die Überarbeitung der bestehenden Rechtsvorschriften für einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum verabschiedet. Eine Kernforderung: Starke und unabhängige nationale Regulierungsbehörden wie die Bundesnetzagentur. Nicht alle Mitgliedsstaaten haben das - aber es ist wichtig, um Transparenz und vor allem Sicherheit zu garantieren. Damit sollen zunächst die wichtigsten Aufgaben, wie die Einführung transparenter Vorschriften für die Berechnung von Trassenpreisen sowie technische Harmonisierungen vorangetrieben werden - zum Wohl der Bahnkunden. Profitieren wird davon auch die Deutsche Bahn: Mit ihrem Flaggschiff ICE setzt sie Standards für den Schnellzug in Europa, die so leicht kein anderes Modell übertrifft. Auch das ist gut für unseren ICE-Standort Nürnberg.

Interreligiöser Dialog: Gemeinsam den Wert der Werte für Europa neu entdecken

"Wir brauchen das Miteinander von Religion und Politik - genau so wie die Trennung von Kirche und Staat" - zu diesem klaren Schluss kam das Zukunftsforum des 14. Interreligiösen Dialogs der EVP-Fraktion unter Leitung des mittelfränkischen CSU-Europaabgeordneten Martin Kastler. Im ungarischen Esztergom betonten Politiker wie Kirchenvertreter der großen Religionen die Notwendigkeit des Dialogs in Zeiten europäischer Krisen: "Wir reden nur noch über den Euro und haben die Werte Europas aus dem Blick verloren", so Kastler vor den über 100 Teilnehmern des Kongresses.



Dabei, so Kastler, "liegt das Hauptproblem der Wirtschafts- und Schuldenkrise in Europa doch gerade in verlorenen, verfallenen Wertegerüsten." Europa erlebe auch "eine politische Krise und ein Fehlen verantwortlicher Führung." Politik und Gesellschaft könnten die Krise nur gemeinsam überwinden. Es gelte, so Kastler, der Satz Papst Johannes Paul II: Fürchtet euch nicht." Er warnte davor, sich als religiöse Menschen in der Öffentlichkeit durch areligiösen Druck "ins Private drängen zu lassen. Wir brauchen das gelebte Miteinander von Religion und Politik" - das nichts zu tun habe mit der Trennung von Kirche und Staat.

Berufsqualifikationen grenzenlos anerkennen - zentrale Stelle bei IHK Nürnberg

Mobilität wird für junge Arbeitnehmer immer wichtiger. Arbeitswechsel innerhalb Europas sind längst keine Seltenheit mehr. Umgekehrt braucht gerade der deutsche Arbeitsmarkt Fachkräfte aus dem Ausland - etwa im Bereich der Pflege. Behinderungen bei der Berufsankennung dürfen da eigentlich

nicht mehr sein. Weil es sie aber noch gibt, hat sich das Europäische Parlament diese Woche der Sache angenommen und schnelles Handeln verlangt: In einem Forderungskatalog zur Überarbeitung der geltenden EU-Richtlinie sprechen sich die Abgeordneten für eine Verkürzung der Anerkennungsprozedur und eine Anpassung an neue Berufsbilder aus. Das wichtigste Ziel ist, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger überall in der EU arbeiten können, wenn sie das möchten. Alle müssen den Binnenmarkt für sich nutzen können.

Für besonders qualifizierte Berufe - etwa im Gesundheitsbereich - soll es aber zu keiner Vermengung unterschiedlicher Berufs- und Ausbildungsabschlüsse kommen. Für Krankenschwestern und Hebammen etwa gibt es klare Standards über die Ausbildungsdauer. Daran wird nicht gerüttelt. Interessant: Bei einer kurzfristigen Dienstleistungstätigkeit in sehr mobilen Berufsfeldern soll die vorherige Meldepflicht entfallen - etwa bei Reiseleitern oder Sporttrainern. Die EU-Kommission wird noch vor Jahresende einen neuen Gesetzgebungsvorschlag vorlegen. Europaparlament und Mitgliedstaaten müssen sich dann über die Neufassung der EU-Richtlinie zu Berufsqualifikationen einigen.

Parallel geht die IHK Nürnberg bereits einen Schritt weiter: Die deutschen Industrie- und Handelskammern haben sich darauf geeinigt, eine zentrale Stelle zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen einzurichten. Dazu gründen 77 der 80 IHKs eine eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen „IHK-FOSA“ (Foreign Skills Approval), die ihren Sitz in Nürnberg haben wird. Zum Gründungsgeschäftsführer wurde Ulrich Pahlmann berufen, der in dieser Woche seine Arbeit aufnimmt. Vorbildhaft - viel Erfolg!

Gleiche Regeln für Insolvenzen in Europa

Seit 2000 hat die EU eine gemeinsame Insolvenzverordnung. Viele heile Themen blieben dabei jedoch ausgespart, manches ist nicht mehr zeitgemäß. deshalb hat das Europäische Parlament am Dienstag Vorschläge für eine Novellierung der Richtlinie verabschiedet, die sich - juristisch vollständig - mit der "Koordination der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des

Artikels 54 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter für die Gründung der Aktiengesellschaft sowie für die Erhaltung und Änderung ihres Kapitals vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten" beschäftigt. Ziel ist es, Insolvenzverfahren in Europa künftig so zu regeln, dass sie sich auf die Rettung und Restrukturierung der Unternehmen konzentrieren und grenzüberschreitend klare, einheitliche Regeln festlegen sowie Rechtssicherheit gewährleisten."



Mein Zitat der Woche bei facebook

"Halbzeit im Europaparlament - jetzt beginnen die Wahlen. Heute haben wir in der CSU-Europagruppe unsere Spitze mit 100 Prozent wiedergewählt: Markus Ferber wieder Gruppenvorsitzender, Angelika Niebler wieder Parlamentarische Geschäftsführerin. Glückwunsch und viel Erfolg!"

Folgen Sie mir online bei www.facebook.com...

Filmpreis des Parlaments - und konkrete Unterstützung für die kleinen Kinos

"Schnee am Kilimanscharo" - das ist der Titel des Filmes, den das Europäische Parlament diese Woche mit seinem eigenen Filmpreis "LUX" ausgezeichnet hat, um den jungen europäischen Programmfilm zu unterstützen. damit aber nicht genug. Wir wissen: Guter Film braucht auch gute Kinos. Über 30.000 kleine und große Filmpaläste gibt es in Europa - besonders wichtig dabei: Das klassische Programmkinos. Deshalb verabschiedete das Straßburger Plenum diese Woche auch einen Bericht, in dem es - über das EU-Förderprogramm MEDIA - eine Unterstützung der kleineren Programmkinos bei der Umstellung auf den digitalen Film fordert.

Das europäische Kino ist ein notwendiges Instrument zur Bildung einer europäischen Identität und ein wichtiger Zweig der europäischen Wirtschaft. Das europäische Kino sieht sich heute neuen Herausforderungen gegenüber: Die Digitalisierung der Filme und

die Umrüstung der Kinosäle auf diese Technik ist mit enormen Kosten verbunden. Doch gleichzeitig eröffnet sich für uns langfristig ein gewaltiges Potenzial, was die Verbreitung und den Schutz der Filme angeht: In digitaler Technik kann das europäische Filmerbe erhalten und für jedermann zugänglich gemacht werden, wie beispielsweise über "Europeana", der öffentlichen digitalen Bibliothek der EU (gleich auch ein Linktipp, online unter www.europeana.eu).

MEDIA

A programme of the European Union



Forderung des Parlaments: Die Kosten der Digitalisierung und die dafür nötige technische Umstellung sind für die Multiplex-Kinos vielleicht tragbar, doch für Besitzer kleiner unabhängiger Kinos unverkraftbar. Gerade diese Kinos aber sind für die kulturelle Vielfalt wichtig. Deshalb sollten im Rahmen der finanziellen Vorausschau 2014-2020 entsprechende Mittel vorgesehen werden und die Europäische Investitionsbank Kredite zu Vorzugsbedingungen für Kinos bereitstellen. Außerdem sollten wir das MEDIA- Programm zur stärkeren Verbreitung des europäischen Films unterstützen.

Impressum:

Europabüro Nürnberg
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg

Tel. : 0911.24154415
Fax : 0911.24154430

martin.kastler@europarl.europa.eu

Folgen Sie Martin Kastler auch auf:



Redaktion:
Martin Kastler MdEP, Tobias Gotthardt

V.i.S.d.P.:
Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, privat, wikipedia